



Rede
der Präsidentin

„100 Jahre Frauenwahlrecht“

am 12. November 2018
Landratsamt Friedrichshafen

Sehr geehrter Herr Landrat Wölfle,
sehr geehrte Frau Wäscher-Göggerle,
sehr geehrte Damen und Herren,

Heute ist ein historisches Datum. heute vor genau
100 Jahren – am 12. November 1918
wurde die deutsche Demokratie demokratisch.

Heute vor genau 100 Jahren bekam die andere
Hälfte der Gesellschaft eine Stimme. Der Rat der
Volksbeauftragten löste mit einer einfachen
Erklärung am Ende des ersten Weltkrieges mitten
in den Wirren der Novemberrevolution ein
Versprechen ein für das die Demokratie seit
Beginn der Aufklärung seit der französischen
Revolution zu stehen vorgab:

Das Versprechen von Freiheit, Gerechtigkeit – und Gleichheit.

Erst der knappe Aufruf am 12. November 1918
„alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind
fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten
Wahlrecht auf Grund des proportionalen
Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten
männlichen und weiblichen Personen zu
vollziehen“ behob diesen elementaren
Geburtsfehler der Demokratie – den Ausschluss
der Frauen aus dem Staat, den Ausschluss der
Frauen aus der Politik.

Dieser Meilenstein in der Geschichte könnte leicht den Eindruck erzeugen, das Frauenwahlrecht sei den Frauen in den Schoss gefallen.

- Als positives Nebenprodukt des ersten Weltkrieges
- Als Ergebnis der Novemberrevolution
- Als Großzügigkeit von ein paar Männern des Rats der Volksbeauftragten.

Das ist jedoch nicht der Fall.

Das Frauenwahlrecht ist nicht einfach vom Himmel gefallen. Die Ereignisse im November 1918 sind nur eine wichtige Etappe auf dem langen Weg hin zur Demokratie in Deutschland.

Die Einführung des Frauenwahlrechts ist das Resultat eines Kampfes, der schon beinahe 100 Jahre dauerte.

Aus diesem Grund freue ich mich sehr über den gesellschaftlichen Diskurs, den das 100-jährige Jubiläum des Frauenwahlrechts anstößt.

Hier bei BORA in Friedrichshafen und überall in ganz Deutschland machen Frauen auf die Geschichte des Frauenkampfes aufmerksam.

Das ist enorm wichtig, denn: - und hier spreche ich mit Gerda Lerner, einer Professorin für Geschichte und Pionierin der Frauengeschichtsforschung –

"Jede Frau ändert sich, wenn sie erkennt, dass sie eine Geschichte hat."

Mit meiner Rede heute werfe ich deswegen zuerst einen Blick auf die Geschichte. Und komme dann zu den Herausforderungen der Gegenwart.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Anfang des 19. Jahrhunderts kämpften nicht nur

Frauen, sondern viele Menschen für ein

allgemeines Wahlrecht. Damals war das Wahlrecht

an Besitz und Wohlstand geknüpft.

Kurz gesagt: Wer reich war – und das richtige

Geschlecht besaß – durfte wählen. Das Parlament,

das auf diese Weise entstand, war kein Spiegel

der Bevölkerung. Entsprechend fühlten sich viele Menschen nicht repräsentiert. Viele verloren das Vertrauen in das Parlament. Fortschrittliche Zeitgenossinnen und Zeitgenossen begannen daraufhin zu protestieren und gründeten Vereine.

Der Höhepunkt dieser Entwicklung: Die deutsche Märzrevolution 1848/1849. Und ein vermeintlicher Sieg: Zur Wahl der Nationalversammlung war jeder volljährige und selbstständige Staatsangehörige zugelassen. Allerdings: Für Frauen galt das nicht. Frauen verwies man auf die Damengalerie der Frankfurter Paulskirche, wo die Nationalversammlung tagte. Dort durften sie zuhören. Aber nicht sprechen. Das Versprechen nach Demokratie bezogen die Männer – wie

schon, zur Zeit der französischen Revolution –
wieder nicht auf die Frauen.

Auch die Märzrevolution hatte die Frauen
vergessen. Das Versprechen der Demokratie war
wieder gebrochen. Daraufhin folgte Protest – und
der Beginn der organisierten deutschen
Frauenbewegung.

Als Initiatorin oder „Mutter der deutschen
Frauenbewegung“ gilt Louise Otto-Peters. Sie war
Journalistin und Feministin, stammte aus einer
wohlhabenden bürgerlichen Familie, wurde aber
schon mit 17 Vollwaise, was ihr in ihrer
Lebensgestaltung eine gewisse Freiheit verlieh.
Sie machte sich für Arbeiterinnen stark und

unterstützte sie in ihrem Recht auf Erwerbsarbeit.

Gleichzeitig wollte sie auf diese Weise

Mitstreiterinnen gewinnen für politische

Frauenrechte.

Louise Otto-Peters forderte, dass Frauen endlich politisch mündig werden sollten. Für sie war klar:

– ich zitiere – "Die Teilnahme der Frau an den Interessen des Staates ist nicht allein ein Recht, sie ist eine Pflicht der Frauen."

Sie sprach in diesem Sinn sowohl zu den

herrschenden Männern also auch zu den

beherrschten Frauen. Von den Männern forderte

sie:

- Frauen mitentscheiden zu lassen, bei den Gesetzen, die sie betrafen.
- Frauen eine Stimme zu geben, bei der Wahl der Volksvertreter.

Von den Frauen forderte sie

- sich zu vereinigen und für ihre Mitbestimmung zu kämpfen.

Louise Otto-Peters warb für ihre Überzeugung ein Leben lang und auf unterschiedliche Weise.

- Sie publizierte zum Beispiel die erste Frauen-Zeitung mit dem Titel „*Dem Reich der Freiheit werb ich Bürgerinnen!*“.

- Sie organisierte die erste deutsche Frauenkonferenz in Leipzig 1865.
- Sie gründete den ersten überregionalen allgemeinen deutschen Frauenverein.

Louise Otto-Peters hatte selbstverständlich viele politische Wegbegleiterinnen und Mitstreiterinnen.

Hedwig Dohm, Minna Cauer, Anita Augsborg, Helene Lange, Clara Zetkin und viele mehr. Zu viele für meine Rede heute Abend.

An dieser Stelle möchte ich jedoch festhalten: Auf dem Weg zum Frauenwahlrecht gingen die Frauen nicht immer in dieselbe Richtung. Es herrschten

ganz unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie das Stimmrecht zu erreichen sei.

Sollte es erkämpft werden? Wenn ja, mit oder ohne Männer? Mit oder ohne Gewalt? Oder sollte es doch eher durch konstruktive Mitarbeit auf kommunaler Ebene verdient werden? Darüber waren sich die bürgerlichen Frauen alles andere als einig.

Viele Frauen aus der Arbeiterklasse stellten sogar die Frage nach einer klassenlosen Gesellschaft.

Erst 1917, noch mitten im ersten Weltkrieg, arbeiteten bürgerliche und sozialistische

Aktivistinnen zum ersten Mal zusammen. Der

Anlass: Die Osterbotschaft des Kaisers, in der er

eine Wahlrechtsreform für die Zeit nach dem Krieg ankündigte, ignorierte wieder das Frauenwahlrecht.

Die Frauen protestierten. Wieder.

- Sie luden zu Versammlungen ein,
- Sie schrieben Petitionen an den Reichstag,
- Sie veröffentlichten Flugblätter.

Mit dem Ergebnis, das Sie kennen, meine Damen und Herren:

- Am 12. November 1918
wurde die rechtliche Grundlage
für das Frauenwahlrecht geschaffen.
- 8 Tage später, am 30. November trat das
Reichswahlgesetz in Kraft.

- Und weitere 6 Wochen später, am 15. Januar 1919 trat Marianne Weber als erste weibliche Abgeordnete vor ein deutsches demokratisch gewähltes Parlament.

Marianne Weber war eine liberale Politikerin und Heidelberger Abgeordnete. Viele kennen Sie als Frau des Soziologen Max Weber. Gleich in der ersten Sitzung der badischen verfassungsgebenden Versammlung in Karlsruhe ergriff sie das Wort – und war damit die erste Rednerin in der deutschen Parlamentsgeschichte!

Diese Worte sind historisch. Deswegen habe ich das Haus der Geschichte in Stuttgart um den

Auszug der originalen Rede gebeten. Sie hören jetzt die ersten Worte von Marianne Weber:

„Es sei mir gestattet, nicht als Parteiangehörige, sondern als Frau einige Worte zu ihnen zu sprechen, denn ich bin mir bewusst, dass heute tausende von badischen Frauen mit Freude und Dankbarkeit und mit klopfendem Herzen auf uns schauen und die Tatsache, dass heute zum ersten Mal Frauen in dieses Haus eingezogen sind, die berufen sind, an der Gestaltung des Staates, an dem Wiederaufbau des badischen Staates teilzunehmen, als einen Augenblick von geschichtlicher Bedeutung empfinden.“

Die erste Rede einer Frau im Parlament wird – nebenbei gesagt – immer wieder gerne

fälschlicherweise der SPD-Politikerin Marie Juchacz zugeschrieben. Diese musste allerdings bis zur 11. Sitzung der deutschen Nationalversammlung am 19. Februar 1919 warten, bis sie vor dem Parlament sprechen durfte.

Meine Damen und Herren, wenn man sich mit der Geschichte des Frauenwahlrechts beschäftigt, gibt es ein Wort, ein kurzes, unscheinbares Wort, das häufig fällt, das sich einprägt. Kommen Sie drauf?

– Es ist das kleine Wörtchen wieder. Von der französischen Revolution Ende des 18.

Jahrhunderts bis in das Jahr 1918 sind Frauen wieder und wieder für ihr demokratisches Recht aufgestanden. Wieder und wieder haben Sie gekämpft, gestritten, gerungen. Bis zu dem Erfolg,

dessen 100 Jähriges Jubiläum wir heute feiern.

Dieser Blick in die Vergangenheit zeigt, wir stehen auf den Schultern von Gigantinnen. Ihr politischer Kampf ist der Boden, auf dem unsere Freiheit wächst. Die Erfolge für Frauen blühen seither sichtbar:

- 2018 regiert unser Land seit 13 Jahren eine Bundeskanzler-IN.
- Im Kabinett der Bundesregierung sitzen damit 7 Frauen und 9 Männer. (Ein Frauenanteil von 44%)
- Im Kabinett der Landesregierung immerhin 4 Frauen und 7 Männer. (ohne Staatsrätin Erler)

- Und auch meine Wahl zur ersten

Landtagspräsidentin in der Geschichte Baden-Württembergs, zeigt diese gewachsene Freiheit.

Und doch: Einzelne Bäume geben noch keinen Wald. An diese chinesische Weisheit denke ich, wenn ich unsere Parlamente sehe. Mit der letzten Bundestagswahl ist der Frauenanteil im Deutschen Bundestag gesunken – auf einen Stand von vor 20 Jahren. 31% Frauen. Gerade mal ein Drittel der Abgeordneten sind weiblich. Was die politische Repräsentanz von Frauen angeht gehen wir nicht vorwärts. Wir rollen zurück!

Und je weiter man die föderalen Stufen nach unten steigt, desto weniger Frauen werden es. Das gilt für die Mandate, und das gilt besonders für die Führungspositionen.

Im Landtag von Baden-Württemberg sitzt nur knapp ein Viertel weibliche Abgeordnete. Ähnlich sieht es bei den Stadt- und Gemeinderäten aus. In den Kreistagen liegt der Frauenanteil bei lediglich 19%. Vor allem in kleineren und ländlich geprägten Orten gibt es immer noch Gemeinderäte in denen keine einzige Frau sitzt. In Baden-Württemberg sind es 26 Gemeinden ohne gewählte Frauen. Nicht einmal jedes 12te (12,5) Rathaus in Baden-Württemberg wird von einer Bürgermeisterin geleitet.

Und schließlich: Die Zahl der Frauen an der Spitze in den Landkreisen kann man mit 3 Fingern abzählen.

In 35 Landkreisen gibt es – sage und schreibe – nur 3 Landrätinnen. Das ist ein Problem, dem wir uns stellen müssen. Parlamente sollen Spiegel der Gesellschaft sein – die Verzerrung des Bildes ist eindeutig.

Die Kommunalpolitik gilt – zu Recht, wie ich finde – als Fuß der Demokratie. Im Hinblick auf gleichberechtigte politische Partizipation beider Geschlechter stehen wir allerdings nicht mit beiden Füßen auf dem Boden.

Wir hinken hinterher. Ich finde, das muss sich ändern.

Wir – Frauen und Männer gleichermaßen – müssen uns fragen: Ist dieses Ungleichgewicht ein Vermächtnis, das wir unseren Töchtern, unseren Enkelinnen überlassen wollen?

In Baden-Württemberg herrscht ein offenes, humanes und frauenfreundliches Klima. Es liegt jetzt an uns, dieses Klima in feste Strukturen zu übersetzen. Formale und institutionelle Macht gehört in die Hände von Männern und Frauen.

Politische Parität in den Parlamenten ist ein zentraler Wirkhebel für die Gleichberechtigung der

Geschlechter in unserer Gesellschaft. Denn gesellschaftliche Realität sieht leider immer noch oft so aus:

- Frauen verdienen weniger als Männer.
Obwohl sie insgesamt mehr arbeiten – bezahlt und unbezahlt zusammengerechnet.
- Mutterschaft und Erwerbsarbeit lösen immer noch einen Gegensatz aus, der für viele Frauen in Teilzeit, geringeren Rentenansprüchen, finanzieller Abhängigkeit mündet.
- Auf den obersten Führungsetagen der Wirtschaft sind Frauen mit der Lupe zu suchen.

- Weibliche Vorbilder in Kultur und Wissenschaft sind unterrepräsentiert.
 - Dazu ein Beispiel aus der Wissenschaft:
bis heute wurden 776 Männer mit einem Nobelpreis ausgezeichnet,
aber nur 51 Frauen.
 - Ein Beispiel aus der Literatur:
für den Nobelpreis für Literatur wurden 100 Männer ausgezeichnet
und nur 14 Frauen.
 - Ein Beispiel für die Filmindustrie:
Nur ein Drittel aller Filmrollen in Hollywood sind weiblich besetzt nach einer Studie einer Universität in Kalifornien. Für den deutschen Film gilt dasselbe.

Liebe Frauen, das ist nichts, was wir einfach so hinnehmen dürfen. Frauen müssen wieder aufstehen und für Gleichberechtigung eintreten.

Frauen müssen in die Politik und an der Gestaltung der Gesellschaft mitwirken. Dazu braucht es Strukturen, die sie fördern, nicht behindern.

Dazu braucht es Frauen, die sich gegenseitig unterstützen. So wie Sie, liebe engagierte Frauen von BORA, Sie gehen hier mit besonderem Beispiel voran.

Sie leisten mit ihrer Veranstaltungsreihe eine sehr wertvolle und bedeutende Arbeit. An dieser Stelle:
Ganz herzlichen Dank!

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss meiner Rede. Das Verhältnis von Frauen und Männern hat sich über Jahrhunderte entwickelt. Es ist gewachsen und zu dem geworden, was wir heute darunter verstehen. Lange Zeit war die Waagschale zwischen den Geschlechtern nicht austariert.

Zu viele Gewichte standen auf der Seite der Männer. Mit dem Frauenwahlrecht vor 100 Jahren ist ein Gewicht auf die Seite der Frauen gewandert. Unzählige Frauen haben

für die Verschiebung der Gewichte gekämpft. 2018 – 100 Jahre später – ist die Waagschale leider noch immer nicht ausgewogen.

Aber ich bin Optimistin. Und ich weiß: Wer die Zukunft gestalten will, muss die Gegenwart verändern. Die mutigen Frauen der Vergangenheit haben den Boden bereitet, auf dem unsere Freiheit wächst.

Lassen Sie uns heute den Boden bereiten, auf dem die Freiheit unserer Töchter und Enkelinnen wächst. Lassen Sie uns heute den Boden bereiten, auf dem die Freiheit aller jungen Frauen wächst, die unsere Gesellschaft in Zukunft gestalten werden.